



Presseschau vom 12.06.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.*) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir, Ukrinform, UNIAN, Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Nikolaj Jolkin: Nato-Gipfel 2021: Schafft die Ukraine ihre Mitgliedschaft? – Expertenmeinungen

Im Vorfeld des Nato-Gipfels pocht der ukrainische Präsident Wladimir Selenski auf eine konkrete Beitrittsperspektive seines Landes für die Allianz. Herbert E. Martin, Präsident des International GeoPolitical Institute (IGPI) in Wien findet dies brandgefährlich, obwohl die Amerikaner schon lange verdeckt an der Aufrüstung der Ukraine arbeiten. ...

<https://snanews.de/20210611/nato-gipfel-2021-ukraine-mitgliedschaft-2471402.html>

Denis Bolotsky: Wird die Ukraine von Kriegsspielen mit Nato profitieren?

2021 soll die Ukraine eine Reihe von Nato-Militärübungen abhalten, einige davon sind bereits im Gange. Da das Land immer noch mit dem ungelösten militärischen Konflikt im Donbass konfrontiert ist, wirkt es so, als würde man Öl ins Feuer gießen. ...

<https://snanews.de/20210611/wird-die-ukraine-kriegsspielen-nato-profitieren-2473456.html>

de.rt.com: "Ruhm den Helden": Umstrittener Slogan auf Ukraine-Trikots nun doch erlaubt

Der Fußballverband der Ukraine hat den Slogans "Ruhm der Ukraine! Ruhm den Helden!"

einen offiziellen Status verliehen. Nach zähen Verhandlungen wurde auch mit der UEFA ein Kompromiss erzielt. Zuvor stuft der europäische Verband den Slogan als politisch ein. ...
<https://kurz.rt.com/2jsn>

Tarik Cyril Amar: Schreckliches historisches Erbe: Über den Hintergrund des russisch-ukrainischen "Trikotstreits"

Die ukrainische Nationalmannschaft hat neue Trikots. Das mag ein seltsamer Einstieg in einen Text sein, der von brutalen Massakern aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs handelt. Aber die Trikots knüpften an alte, hässliche und durchaus brisante historische Wurzeln an. ...
<https://kurz.rt.com/2js8>

Dagmar Henn: Instrumentalisierung der Geschichte – Babi Jar und der Untermensch im Slawen

Es scheint unmöglich in der Bundesrepublik, mit den slawischen Opfern des Nazi-Rassenwahns auch nur anständig umzugehen. Stattdessen wird ausgerechnet Babi Jar benutzt, um zu signalisieren, dass Untermensch Untermensch bleibt - zumindest, solange er Slawe ist. ...
<https://kurz.rt.com/2jq8>

de.rt.com: "Ein politischer Spionagefall": Anwalt über US-Ersuchen gegen russischen Geschäftsmann

Die US-Behörden fordern die Auslieferung des russischen Geschäftsmanns Wladislaw Kljuschin, um von ihm wichtige Informationen über russische Staatsstrukturen zu erhalten. Das sagte der Anwalt des in der Schweiz festgenommenen Russen im Gespräch mit RT. ...
<https://kurz.rt.com/2jtb>

Dagmar Henn: Versagende Sozialpolitik: Dichtung und Wahrheit im Armutsbericht

Wie schafft man es, unangenehme Wahrheiten verschwinden zu lassen? Indem man sie geschickt formuliert. Der Armutsbericht der Bundesregierung ist ein Musterbeispiel für diese Art Amtsprosa. Auch aus totalem Versagen in der Sozialpolitik lassen sich noch beeindruckende Sätze drechseln. ...
<https://kurz.rt.com/2jsa>

abends/nachts:

de.rt.com: Wegen US-Sanktionen: Kuba setzt US-Dollar-Bargeldeinlagen in Banken aus
Havanna will landesweit keine Bareinlagen in US-Dollar mehr zulassen. Grund seien die US-Sanktionen, die die Fähigkeit des Landes einschränken, die Währung im Ausland zu verwenden. Die Maßnahme sei jedoch erst mal vorübergehend.

Die kubanische Regierung hat angekündigt, dass sie vorübergehend keine Bareinlagen in US-Dollar mehr akzeptieren wird. Sie machte dafür verschärfte US-Sanktionen verantwortlich, die ihre Fähigkeit einschränken, die Währung im Ausland zu verwenden.

Der Schritt erfolgte zu einem Zeitpunkt, an dem die kubanische Regierung ihre jährliche Resolution zur Beendigung des jahrzehntelangen US-Handelsembargos gegen das Land bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen vorstellen sollte. Kubanische Kontoinhaber haben bis zum 21. Juni Zeit, ihre US-Dollar einzuzahlen, bevor die Aussetzung in Kraft tritt. Laut Reuters gab die kubanische Zentralbank in einer Erklärung bekannt:

"Es wird für Kuba immer schwieriger, internationale Bank- oder Finanzierungsinstitute zu finden, die bereit sind, die US-Währung in bar zu empfangen, zu konvertieren oder zu verarbeiten."

In der Erklärung heißt es weiter, dass die Maßnahme keine Auswirkungen auf Operationen

haben, die durch Überweisungen oder Einzahlungen in anderen Währungen durchgeführt werden, die frei konvertierbar sind und im Land akzeptiert werden.

Laut der Vizepräsidentin der Bank, Yamile Berra Cires, haben mehr als 20 Banken die Abwicklung von Transaktionen mit Kuba gestoppt, seit der ehemalige US-Präsident Donald Trump die Sanktionen gegen den Inselstaat verschärft hat.

Viele Jahre lang hatte Kuba eine zehnpromtente Steuer auf US-Dollar erhoben und dies mit Schwierigkeiten bei dessen Verwendung aufgrund des US-Embargos begründet. Das Land hob diese Steuer im letzten Jahr auf, als mehr Geschäfte eröffnet wurden, die lieber US-Dollar akzeptierten als die Landeswährung.

US-Präsident Joe Biden versprach während seiner Kampagne, einige von Trumps Kuba-Maßnahmen rückgängig zu machen, die "dem kubanischen Volk Schaden zugefügt und nichts zur Förderung von Demokratie und Menschenrechten beigetragen haben".

Eine Änderung der aktuellen Kuba-Politik gehöre jedoch nicht zu den obersten außenpolitischen Prioritäten der USA, so die US-Regierung.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60c3857748fbef731114e92b.JPG>

de.rt.com: **Russland streicht fünf Milliarden US-Dollar aus seinem Ölfonds zugunsten von Yuan und Euro**

Im Einklang mit dem Plan, alle US-Dollar-Vermögenswerte des Nationalen Wohlfahrtsfonds zu liquidieren, hat das russische Finanzministerium bekannt gegeben, dass es bereits fünf Milliarden US-Dollar an Vermögenswerten in chinesische Yuan sowie in Euro konvertiert hat. Nach Angaben des russischen Finanzministeriums verkaufte Russland im Mai fünf Milliarden US-Dollar aus seinem Ölfonds als Teil der Bemühungen, die Abhängigkeit des Landes von der Weltreservewährung zu reduzieren, um das Land weniger anfällig für westliche Sanktionen zu machen.

Der russische Nationale Wohlfahrtsfonds (der Ersparnisse aus Russlands Öleinnahmen aufbewahrt) konvertierte nach eigenen Angaben vier Milliarden US-Dollar in chinesische Yuan und eine Milliarde US-Dollar in Euro. Das Ministerium erklärte letzte Woche, dass es alle US-Dollar-Bestände aus dem Fonds eliminieren werde, wodurch 35 Milliarden US-Dollar-Bestände übrig bleiben, die noch liquidiert werden müssen.

Bezüglich der US-Dollar-Liquidierung sagte Iwan Tschakarow, ein Ökonom bei der Citigroup in Moskau, der US-Finanznachrichtenseite Bloomberg:

"Dies könnte von dem Wunsch gesteuert worden sein, einen Public-Relations-Effekt kurz vor dem bevorstehenden Biden-Putin-Gipfel zu erzielen. Es könnte aber auch ein Zwischenschritt auf dem Weg zu einer wahren Umstrukturierung der Währungsreserven sein, die, wenn sie stattfindet, auf dem Markt erfolgen muss."

Russlands Präsident Wladimir Putin erklärte kürzlich auf dem St. Petersburger Wirtschaftsforum, dass Moskau zwar nicht komplett auf den Dollar verzichten wolle, die

Sanktionen das Land aber gezwungen hätten, nach alternativen Zahlungsmitteln zu suchen. Die Entdollarisierung ist seit vielen Jahren die langfristige Politik Russlands, wobei der Schwerpunkt darauf liegt, sich weniger auf die beliebteste Reservewährung der Welt zu verlassen. Im letzten Jahr wurde bekannt, dass der Anteil des US-Dollars am Handel zwischen Peking und Moskau im ersten Quartal 2020 erstmals unter 50 Prozent gefallen ist. Nur vier Jahre zuvor machte dieser Wert noch über 90 Prozent der bilateralen Währungsabrechnungen aus.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60c35b6a48fbef71c96f9f13.jpg>

lug-info.com: Erklärung des Oberhauptes der LVR Leonid Pasetschnik über die Verschärfung der militärisch-politischen Lage

Unter Bedingungen, da die Führung der LVR auf eine friedliche Regelung des Konflikts ausgerichtet ist, die im Juli 2020 vereinbarten Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feuereinstellung vollständig unterstützt und einhält, unternimmt die militärische und politische Führung der Ukraine zielgerichtete destruktive Schritte zur Destabilisierung der militärischen Lage zu ihren politischen Zwecken.

So wurden nach einigen Tagen Ruhe und Ausbleiben von Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte heute Abend infolge eines Ausfalls ukrainischer Diversanten fünf Soldaten der Volksmiliz, die die Republik im Gebiet von Golubowskoje verteidigten, durch Schüsse in den Kopf hinterhältig getötet.

Ohne Rücksicht auf Menschenleben und in Verletzung der geltenden Maßnahmen zur Einhaltung des Waffenstillstands hat der Präsident der Ukraine die Absicht, die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft im Vorfeld des Treffen des Präsidenten Russlands und der USA auf sich zu ziehen.

Wir sind fest davon überzeugt, dass diese Diversion sorgfältig geplant und auf höchster Ebene bestätigt wurde. Die unüberlegten Versuche der ukrainischen Seite sind in der Lage, den brüchigen Waffenstillstand zu zerstören und zu einer Eskalation der Situation an der Kontaktlinie zu führen.

Im Zusammenhang mit bestehender Lage und dem Tod von Verteidigern der Republik bin ich gezwungen, die Reise in einen Bruderstaat zu unterbrechen und in die Hauptstadt der Republik zurückzukehren, um eine Analyse und Bewertung der Lage vorzunehmen.

snews.de: Zeman bietet Tichanowskaja an: Büro der weißrussischen Opposition in Prag eröffnen

Der tschechische Präsident Milos Zeman hat nach eigenen Worten der ehemaligen weißrussischen Präsidentschaftskandidatin Swetlana Tichanowskaja angeboten, ein Büro der weißrussischen Opposition in Prag zu eröffnen.

„Es war ein freundschaftliches Treffen, und ich habe ihr (Tichanowskaja – Anm.d.Red.) übrigens vorgeschlagen, dass die weißrussische Opposition ein Büro in Prag haben soll“, sagte Zeman am Donnerstag in einem Interview mit dem tschechischen Radiosender Frekvence 1.

Während ihres jüngsten viertägigen Besuchs in Tschechien kam Tichanowskaja unter anderem mit Außenminister Jakub Kulhanek, Regierungschef Andrej Babis und Präsident Milos Zeman zusammen. Zeman habe ihr „einen Sieg im Kampf gegen Europas letzten Diktator“ gewünscht, wie sein Sprecher auf Twitter mitteilte. Tichanowskaja setzt sich bei ihren Besuchen in EU-Staaten für einen stärkeren Druck auf Lukaschenkos Machtapparat ein. Die tschechische Polizei hat der Politikerin während ihres Besuchs im Land Schutz gewährt. Die weißrussische Opposition betrachtet ihre Kandidatin Tichanowskaja als wahre Siegerin der Präsidentschaftswahl vom 9. August, bei der Amtsinhaber Alexander Lukaschenko laut offiziellen Angaben mit 80,1 Prozent der Stimmen gesiegt hat. Auch die EU erkennt Lukaschenko nicht mehr als Präsidenten an und hat darüber hinaus Sanktionen gegen das Land verhängt.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/06/0b/2472582_0:0:3073:1728_1440x0_80_0_0_d97c364e144ffb7eee196d02892c6faa.jpg

Lug-info.com: Erklärung des Außenministeriums der LVR

Ukrainische Diversanten haben heute Abend bestialisch fünf Soldaten der Volksmiliz ermordet.

Mehrere Tage lang wurde an der Kontaktlinie mit der LVR „Ruhe“ eingehalten, Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte auf unser Territorium gab es nicht.

Wir können zweifellos eine Einhaltung des Waffenstillstands nur begrüßen.

Aber den Präsidenten der Ukraine Selenskij, der vor kurzem im Donbass „spazieren ging“ hat offensichtlich das Fehlen von Schusswechseln, Verletzungen und menschlichen Opfern nicht zufriedengestellt. Kiew hat die Praxis der Verletzung des Regimes der Feueinstellung, des Terrors und der Beschießungen wieder aufgenommen.

Entgegen dem, dass die Aktivität von Diversionen- und Erkundungsgruppen direkt durch die Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feueinstellung vom 20. Juli 2020, die offiziell mit Bezug auf entsprechende Befehle auf der Seite des Verteidigungsministeriums der Ukraine am 7. April 2021 veröffentlicht wurden, verboten sind, sind ukrainische Diversanten in Verletzung des Unterpunkts a dieser Maßnahmen auf das Territorium der LVR vorgedrungen und haben einen empörenden Mord an Soldaten begangen. Fünf Verteidiger der Republik wurden durch Schüsse in den Kopf getötet.

Solche „Hirngespinnste“ wie Gewissen oder internationale Verpflichtungen sind für die Kiwer Henker offenbar kein Argument. Das alles sind „Märchen für Schwachköpfe“, und wahre

ukrainische „Patrioten“ handeln ausschließlich „zum Ruhm der Bandera-Ukraine“... Der Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung treu bleibend verurteilen wir den bestialischen Mord an unseren Soldaten aufs äußerste. Wir rufen Kiew auf, die Politik, die auf die physische Vernichtung der Einwohner des Donbass gerichtet ist, einzustellen und einen Prozess der friedlichen Regelung des Konflikts der Ukraine und des Donbass zu beginnen. Wir wenden uns an die Garantenstaaten des Minsker Prozesses und an die gesamte Weltgemeinschaft – ergreifen Sie Maßnahmen, damit Kiew von den Versuchen, den Konflikt auf gewaltsamem Weg zu lösen Abstand nimmt, einschließlich der Praxis des Terrors und des Genozids!

de.rt.com: **Pentagon widerspricht Biden: Russland und China sind "größte Bedrohung", nicht der Klimawandel**

Der US-Präsident ist derzeit in Europa mit dem Ziel, Allianzen zu festigen, und überraschte bei einem Truppenbesuch in Großbritannien mit der Äußerung, der Klimawandel sei der größte Feind. Sein Generalstabschef widerspricht. Die Rangliste der Gefahren werde durch Peking und Moskau angeführt.

Die Welt befindet sich nach Ansicht des US-Präsidenten Joe Bidens in einem "Moment globaler Unsicherheit". Die USA müssten sich erneut zu ihren Verbündeten und Partnern bekennen. Dies sei das Ziel seiner Europareise, so Biden.

Während eines Besuchs bei den in Großbritannien stationierten US-amerikanischen Truppen erinnerte US-Präsident Joe Biden am Mittwoch an eine Unterhaltung, die er mit hochrangigen Pentagon-Beamten geführt hätte. Diese wären davon überzeugt gewesen, dass die größte Bedrohung die "globale Erderwärmung" sei. Diese Unterhaltung fand statt, allerdings noch bevor Joe Biden zu Amtszeiten von US-Präsident Barack Obama dessen Vize-Präsident wurde und unter anderer Führung im Pentagon.

Der heutige Generalstabschef Mark A. Milley, Vorsitzender der Joint Chiefs of Staff, spricht von einer ganz anderen Bedrohung:

"Der Klimawandel hat Auswirkungen, aber der Präsident betrachtet dies aus einem viel breiter gefassten Blickwinkel als ich es tue. Ich betrachte das Ganze von einem rein militärischen Standpunkt aus. Und von einem rein militärischen Standpunkt aus betrachtet, setze ich China und Russland dort oben an."

Im Streit um die Ostseepipeline Nord Stream 2, die russisches Gas nach Deutschland transportieren wird, hatte Biden nun auf Sanktionen verzichtet. Kritiker sehen hierin die Gefahr, Europa mache sich vom russischen Gas abhängig. Biden aber will die deutsch-US-amerikanischen Beziehungen nicht gefährden. Sein Außenminister Antony Blinken stellte jüngst klar, dass die Pipeline faktisch schon fertiggestellt sei. Für eine Sanktionierung der beteiligten Firmen sei es nun zu spät.

Der ehemalige US-Präsident Donald Trump äußerte sich ebenfalls zu Biden.

Fälschlicherweise aber wertete er die Äußerung als eine aktuelle Bemerkung von den derzeitigen Beamten im Pentagon und forderte dort einen sofortigen Personalwechsel. In einer Stellungnahme, die Trump via E-Mail an die Medien verschickte, schreibt er:

"Biden sagte gerade, dass ihm von den Generalstabschefs gesagt wurde, dass der Klimawandel unsere größte Bedrohung ist. Wenn das der Fall ist und sie dies tatsächlich sagen, sollte er sofort die Chiefs of Staff für deren Inkompetenz feuern!"

General Mark Milley versuchte, einem Konflikt zu dem Thema auszuweichen und räumte ein, dass das verändernde Klima selbstverständlich eine "Bedrohung" darstelle und einen "signifikanten Einfluss auf militärische Operationen" haben könne. Er fügte hinzu, dass "die nationale Sicherheit einen breiten Blickwinkel hat".

Der republikanische Senator Cramer hält Bidens Äußerungen für gänzlich unpassend:

"Ich denke einfach, dass es seltsam ist, dass der Präsident einen anderen Kontinent besucht und dort unseren Soldaten mitteilt, dass die Bedrohung Nummer eins der Klimawandel ist,

auch wenn er eine Bedrohung darstellt."

Bis Sonntag wohnt Biden dem G7-Gipfel bei. Am Montag wird er beim NATO-Gipfel in Brüssel teilnehmen. Das Thema Klimawandel wird für Biden ein zentrales Thema bei Gesprächen mit Regierungsführern der EU sein. Das mit der größten Spannung erwartete Treffen zwischen Biden und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin ist für kommenden Mittwoch angesetzt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60c334a048fbef74ef1a6bb9.jpg>

Telegram-Kanal des Außenministeriums der DVR: **Erklärung der Außenministerin Natalja Nikonorowa im Zusammenhang mit dem Tod von fünf Soldaten der LVR**

Heute Abend sind ukrainische Diversanten auf das Gebiet der LVR vorgedrungen und haben einen empörenden Akt der Aggression begangen – fünf Soldaten der Volksmiliz der LVR wurden aus der Nähe erschossen.

Wir bewerten das als bestialischen und gemeinen Mord an Verteidigern des Donbass, als weiteres blutiges Verbrechen von Seiten Kiews. Diese Situation ist eine äußerst grobe Verletzung der am 22.07.2020 unterzeichneten Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feuereinstellung, die unter anderem die Tätigkeit von Diversions- und Erkundungsgruppen verbietet, und sie ist umso zynischer vor dem Hintergrund aller „Friedens“erklärungen der ukrainischen Führung über die Senkung der Zahl der Beschießungen und der Unterstützung eines Waffenstillstands.

Wir verurteilen das Geschehen kategorisch und fordern von Ukraine eine strenge Einhaltung ihrer Verpflichtungen bezüglich des Regimes der Feuereinstellung. Der Donbass hat nicht die Absicht solche wortbrüchigen Provokationen zu ertragen und ist bereit, die Maßnahmen zu ergreifen, die für eine entsprechende Reaktion und den Schutz unserer Einwohner notwendig sind.

Die ukrainische Regierung muss in vollem Maße begreifen, dass eine solch erschreckende Verletzung nicht nur der in Minsk erreichten Vereinbarungen zur Einhaltung des Waffenstillstands, sondern auch aller internationalen Prinzipien und Regeln für militärische Konflikte unausweichlich entsprechende Folgen nach sich ziehen. Außerdem rufen wir die Weltgemeinschaft und in erster Linie die Garantenstaaten der Minsker Vereinbarungen auf, alle möglichen Methoden zur Einwirkung auf Kiew einzusetzen, damit eine Untersuchung der Umstände dieses Verbrechens erfolgt und die mit ihm in Verbindung stehenden Personen zur Verantwortung gezogen werden.

de.rt.com: **Memorandum über offenes Land ausgesetzt: US-Diplomaten in Russland müssen Fahrten genehmigen lassen**

Russland hat die Geltung der Absichtserklärung mit den USA über "offenes Land" per Dekret von Premier Michail Mischustin ausgesetzt. Für diplomatisches Personal galt bisher auf Fernreisen im Gastland nur ein Notifizierungsverfahren. Nun werden Genehmigungen

benötigt.

Der russische Premierminister Michail Mischustin hat eine Anordnung über die Aussetzung der Absichtserklärung über "offenes Land" zwischen Russland und den USA unterschrieben. Das Dokument wurde am Mittwoch auf dem offiziellen Internetportal für rechtliche Informationen der russischen Regierung veröffentlicht. Darin heißt es:

"Der mit den interessierten föderalen Exekutivbehörden abgestimmte Vorschlag des russischen Außenministeriums, die Anwendung der am 17. Juni 1992 in Washington unterzeichneten Absichtserklärung zwischen der Regierung der Russischen Föderation und der Regierung der Vereinigten Staaten über "offenes Land" zu beenden, ist stattzugeben." Die US-Seite werde vom russischen Außenministerium über diese Entscheidung informiert, heißt es in der Anordnung weiter.

Bereits am 16. April kündigte der russische Außenminister Sergei Lawrow angesichts der US-Sanktionen gegen Russland an, dass Moskau neben weiteren Vergeltungsmaßnahmen diese Absichtserklärung aufkündigen werde. Der Minister erinnerte daran, dass dem Dokument zufolge Diplomaten im Rang eines Beraters oder darunter verpflichtet sind, die Behörden des Gastlandes zu benachrichtigen, wenn diese die Hauptstadt oder die Stadt, in der sich das Generalkonsulat befinden, über einen Radius von 40 Kilometern hinaus verlassen. Mitglieder des US-Diplomatenkorps in Russland haben diese Anforderungen des Abkommens "völlig ignoriert", so Lawrow.

Infolge der Aufhebung der Wirksamkeit des Memorandums wird Moskau die Reisen von Diplomaten außerhalb der Städte der konsularischen Niederlassung im Individualfall prüfen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60c33e01b480cc232c38a607.jpg>

Telegram-Kanal des Vertreters der LVR in der politischen Untergruppe Rodion Miroshnik: Einen Angriff auf einen Beobachtungspunkt vor dem Hintergrund eines „Regimes der Feueinstellung“ durchzuführen ist keine Kühnheit, das ist ein hinterhältiger Terrorakt im Stil der Bandera-Banden.

Aber was kann man von den Anhängern Banderas und Schuchewitschs erwarten? Die Verpflichtung zur Feueinstellung übernehmen und einen geheimen Überfall gegen Beobachter durchführen. Das Nächste könnte ein Angriff sein mit der Absicht, irgendeine Ortschaft niederzuz Metzeln. Das ist alles eine Kategorie.

Ich sehe keinen Sinn, Verpflichtungen gegenüber einer Seite einzuhalten, deren Versprechungen keinen Pfennig wert sind.

snews.de: **Dänemark wirft Russland Verletzung seines Luftraumes vor**

Das Verteidigungsministerium Dänemarks hat Russland die Verletzung des dänischen Luftraumes vorgeworfen. Einer Meldung der dänischen Nachrichtenagentur Ritzau zufolge sollen russische Jets zweimal an einem Tag in den Luftraum von Dänemark eingedrungen

sein.

„Russische Maschinen verletzen den dänischen Luftraum bei Bornholm. Zum Abfangen der Flugzeuge mussten Kampffjets der dänischen Luftwaffe abheben“, hieß es.

Dänemarks Verteidigungsministerin Trine Bramsen zufolge versucht ihr Ressort, alle Umstände des Zwischenfalls zu klären. „Unser Luftraum wurde zweimal binnen eines Tages verletzt. Das passiert äußerst selten, deshalb scheint die Situation recht ernst zu sein“, zitierte die Agentur die Ministerin.

Außenamtschef Jeppe Kofod bezeichnete derartige Vorfälle als absolut unzulässig. Er habe bereits die Initiative unterbreitet, den russischen Botschafter ins Außenministerium einzubestellen, schrieb der Politiker im Kurznachrichtendienst Twitter.

Zu Typ und Zahl der russischen Flugzeuge wurden keine Angaben gemacht.

Russland hat bereits mehrmals erklärt, dass Kampffjets der russischen Luftwaffe ihre Flüge in strikter Übereinstimmung mit den international gültigen Regeln für die Nutzung des Luftraumes über neutralen Gewässern absolvieren, ohne dabei die Grenzen anderer Staaten zu verletzen.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/17/1408558_0:59:1531:920_1440x0_80_0_0_a115ad930f2ca04cad6a862aa8b987a7.jpg

vormittags:

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 11. Juni 3:00 Uhr bis 12. Juni 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 5.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

(Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme - Anm. d. Übers.)

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften:

Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Michajlowka, Nowolaspa, Leninskoje.

Die Versuche der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zu allen Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung einzusetzen, wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf alle unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feuereinstellung ein.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 32.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden fünf Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: **Wladimir Putin im Interview: "Unsere bilaterale Beziehung mit den USA hat Tiefpunkt erreicht"**

Der russische Staatschef Wladimir Putin hat im Vorfeld seines für den 16. Juni in der Schweiz geplanten Treffens mit US-Präsident Joe Biden dem US-Fernsehsender NBC ein exklusives Interview gegeben. Am Freitagabend veröffentlichte NBC einen Ausschnitt des Gesprächs, welches am 14. Juni in voller Länge gesendet werden soll.

NBC-Korrespondent Keir Simmons fragte den russischen Präsidenten unter anderem nach seiner Haltung gegenüber seinem amtierenden US-Amtskollegen. Putin sagte, dass er Biden für einen Profi halte:

"Präsident Biden unterscheidet sich natürlich grundsätzlich von Trump, weil er ein Berufspolitiker ist. Er ist sein ganzes Leben lang in der Politik. Er beschäftigt sich damit seit vielen Jahren."

Den ehemaligen US-Präsidenten Trump nannte Putin eine außergewöhnliche und begabte Persönlichkeit, "sonst wäre er kein Präsident geworden". Dabei sei er kein Produkt des US-amerikanischen politischen Establishments.

Der NBC-Korrespondent erinnerte den russischen Präsidenten daran, dass Biden zuvor in einem Interview gesagt hatte, er halte Putin für einen Mörder. In diesem Zusammenhang fragte Simmons seinen Gesprächspartner direkt danach, ob er ein Killer sei. Putin lachte auf und antwortete:

"Bei meiner Arbeit in diesem Amt bin ich es gewohnt, dass man mich aus verschiedenen Seiten, zu vielen Anlässen und unterschiedlich scharf angreift. Das alles überrascht mich nicht."

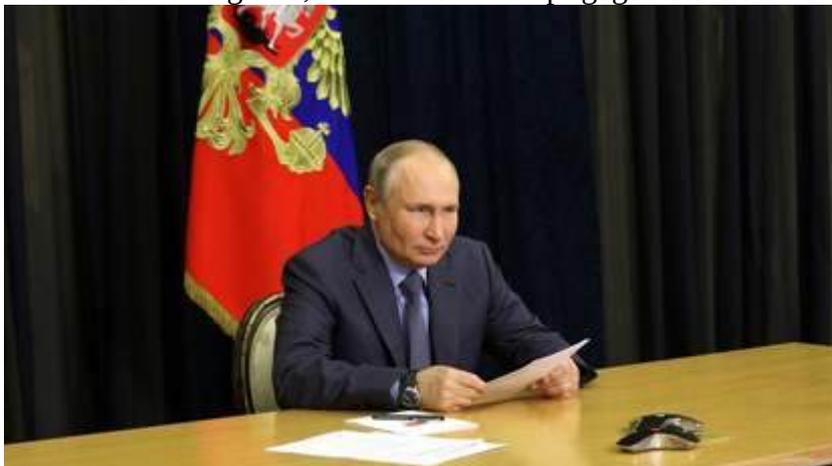
Putin zufolge schwöre er seinen Gegenübern in der internationalen Arena weder ewige Liebe noch ewige Freundschaft. Er betrachte seine Amtskollegen als Partner, mit denen er in einigen Bereichen wetteifere.

"Solche Anschuldigungen hörte ich zu Dutzenden – insbesondere während unseres Kampfes gegen den Terrorismus im Nordkaukasus. Dabei ließ ich mich immer von den Interessen des russischen Staates und des russischen Volkes leiten."

In Bezug auf die bilateralen Beziehungen zwischen Moskau und Washington sagte Putin:

"Unsere bilateralen Beziehungen sind auf das niedrigste Niveau verfallen."

Putin und Biden werden sich am 16. Juni in Genf treffen. Das wird der erste Gipfel der Präsidenten Russlands und der USA nach den Verhandlungen zwischen Putin und Trump in Helsinki im Juli 2018 sein. Ins Gespräch sollen nach Angaben des Kremls die Beziehungen zwischen Moskau und Washington, Probleme der strategischen Stabilität und der internationalen Agenda, darunter der Kampf gegen die COVID-19-Pandemie, kommen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60c4543bb480cc5b647ea376.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 12. Juni um 9:00 Uhr 4917 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 4329 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 451 Todesfälle.

snanews.de: **Inhaftierung von Blogger in Weißrussland: Protassewitschs Mutter richtet Hilferuf an Merkel**

Fast drei Wochen nach der Festnahme des regierungskritischen Bloggers Roman Protassewitsch in Weißrussland hat die Mutter des 26-Jährigen direkt an Deutschlands Kanzlerin Angela Merkel appelliert, sich für die Freilassung ihres Sohnes und anderer Inhaftierter einzusetzen.

„Wir bitten Sie sehr, uns zu helfen, damit alle Unschuldigen aus den Gefängnissen freikommen. Sie brauchen dringend Hilfe, weil sie täglich Sadismus und Gewalt ausgesetzt sind“, schilderte Natalia Protassewitsch in einem am Samstag veröffentlichten Gespräch mit der „Bild“. „Bitte stoppen Sie Lukaschenko! Jeder weitere Tag, nein, jede weitere Stunde, die vergeht, kostet Unschuldigen, darunter Kindern, das Leben“, fügte sie hinzu.

Roman Protassewitsch und seine Freundin Sofia waren am 23. Mai inhaftiert worden, als eine Ryanair-Passagiermaschine, mit der beide von Athen nach Vilnius unterwegs waren, wegen einer angeblichen Bombendrohung in Minsk zwischenlanden musste. Kanzlerin Merkel forderte schon am nächsten Tag die sofortige Freilassung des Bloggers und seiner Freundin. Die Eltern des Bloggers mussten nach eigenen Angaben im vergangenen Jahr Weißrussland verlassen und sind derzeit in Polen. „Uns wurde klargemacht, dass wir wegen der Arbeit unseres Sohnes festgenommen werden. Wir mussten deswegen am 17. August nachts unsere Sachen zusammenpacken und verließen das Land“, erzählte der Vater des Bloggers, Dmitri Protassewitsch, der „Bild“.

Die Briefe, die die Eltern Roman seit seiner Entführung schickten, würden ihm nicht zugestellt, so der Vater weiter. Auch seine Anwältin könne mit ihnen nicht frei am Telefon reden. „Stattdessen wurden von der Staatsmacht schon zwei Videos veröffentlicht, in denen er erzwungene Geständnisse ablegt.“ Dabei sähe man deutliche Folterspuren: Seine Nase sei schief. Sie ist wahrscheinlich gebrochen. Am Hals habe er blaue Flecken. „Eine Expertin sagte uns, dass das Würgemale seien.“

Roman Protassewitsch ist Gründer des Telegram-Kanals Nexta, der in Weißrussland als extremistisch gilt. In Weißrussland wird gegen ihn unter anderem wegen der Organisation von Massenunruhen ermittelt. Dem 26-Jährigen drohen 15 Jahre Haft. Wenige Tage nach der Festnahme strahlte ein weißrussischer Staatssender ein Interview mit Protassewitsch aus, in dem sich dieser dazu bekennt, zu Protesten aufgerufen zu haben. Laut Kritikern ist das Interview unter Zwang entstanden.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/06/04/2378173_0:0:3343:1881_1440x0_80_0_0_6102eb8da1fa63b5ee98e3ecd18de34a.jpg

Mzdnr.ru: Am 11. Juni wurden in der DVR 465 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 123 positiv, bei 18 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch gestellt.

Am 12. Juni um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 40.854 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

3107 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 34.637 als gesund entlassen, es gibt 3110 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 77 Fälle von Lungenentzündung festgestellt, 21 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 66 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1256 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 618 mit Sauerstoffunterstützung (+20 in den letzten 24 Stunden).

de.rt.com: Kurz vor Biden-Putin-Gipfel: Pentagon kündigt weitere militärische Unterstützung für Ukraine an

Wenige Tage vor dem Gipfeltreffen zwischen US-Präsident Joe Biden und seinem russischen Kollegen Wladimir Putin hat das Pentagon weitere Militärhilfe im Umfang von 150 Millionen US-Dollar für die Ukraine angekündigt. Biden und Putin kommen am 16. Juni in Genf zusammen.

Die Ukraine bekommt weitere militärische Unterstützung aus den USA: Das Pentagon kündigte am Freitag ein weiteres Paket im Umfang von 150 Millionen US-Dollar an, das "Ausrüstung, Ausbildung und Beratung umfasst". Die USA sagten Russlands Nachbarstaat unter anderem Artillerieaufklärungsradare, Systeme zur Erkennung von Drohnen und abhörsichere Kommunikationsausrüstung zu, wie aus einer Mitteilung hervorging.

Die Militärhilfe ist im US-Verteidigungshaushalt vorgesehen. Bei dem 150-Millionen-Paket handele es sich um die verbleibenden Mittel, die der US-Kongress im laufenden Fiskaljahr (bis 30. September) zur Unterstützung der Ukraine bewilligt habe. Sie umfasst nach Angaben des Pentagons zudem das Training, die Ausrüstung und die Beratung der ukrainischen Streitkräfte – "um ihnen zu helfen, die territoriale Integrität des Landes zu wahren, die Grenzen des Landes zu sichern und die Kompatibilität mit der NATO zu verbessern". Die neueste Tranche der Unterstützung erfolgt zusätzlich zu den 125 Millionen Dollar, die das Pentagon am 1. März angekündigt hatte. Dieses Paket beinhaltet der Mitteilung des Ministeriums zufolge unter anderem bewaffnete Mark-VI-Patrouillenboote, Radargeräte zur Artillerieabwehr sowie Ausrüstung zur Unterstützung der militärmedizinischen Behandlung und von Kampfevakuierungsmaßnahmen.

Die US-Hilfe folgt auf die Bestätigung des Pentagons, dass die Ukraine "in diesem Jahr ausreichende Fortschritte bei den Verteidigungsreformen gemacht hat", wie es das US-Gesetz

verlangt. Nach Angaben der US-Regierung beläuft sich der Gesamtumfang der Militärhilfe an die Ukraine seit 2014 auf mehr als 2,5 Milliarden US-Dollar.

Das Treffen zwischen dem russischen Präsidenten und seinem US-amerikanischen Amtskollegen – das erste seit Joe Bidens Amtsantritt als US-Präsident – ist für den 16. Juni im schweizerischen Genf angesetzt. Biden ist am Mittwoch zu seiner ersten Auslandsreise nach Europa als US-Präsident aufgebrochen. Am Freitag begann im südenglischen Cornwall das dreitägige G7-Gipfeltreffen führender Industrienationen – Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien, Kanada, Japan und den USA.

Das geplante Treffen zwischen Biden und Putin fällt in eine Zeit großer Spannungen zwischen den USA und Russland. Von dem bevorstehenden Gipfel seien keine bahnbrechenden Vereinbarungen zu erwarten, sagte der russische Chefdiplomat Sergei Lawrow vor wenigen Tagen. "Es bedarf jedoch eines objektiven Meinungsaustauschs auf höchster Ebene darüber, welche Gefahren Russland und die USA als zwei große Atommächte auf der internationalen Bühne sehen", ergänzte der russische Außenminister.

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hatte vor einer Woche in einem Interview gesagt, er hätte sich angesichts des andauernden Ukraine-Konflikts gewünscht, dass sich Biden vor dem Gipfel mit Putin bei einem persönlichen Treffen mit ihm abgestimmt hätte. Stattdessen telefonierten Biden und Selenskij am Montag. Nach Angaben des Weißen Hauses betonte der US-Präsident, dass er für die territoriale Integrität der Ukraine eintreten werde. Zudem hat er den ukrainischen Staatschef für den Sommer ins Weiße Haus eingeladen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60c460f248fbef74ef1a6c84.jpg>

nachmittags:

de.rt.com: "**Hinterhältiger Mord**": Volksrepublik Lugansk beschuldigt die Ukraine der **Tötung von fünf Kämpfern**

Bei einem nächtlichen Angriff auf einen Kontrollposten sind in der selbst ernannten Volksrepublik Lugansk fünf Kämpfer getötet worden. Das teilte der Pressedienst der Lugansker Volksmiliz mit. Das Verbrechen soll eine ukrainische Spezialeinheit verübt haben. Fünf Angehörige der Volksmiliz der selbst ernannten Volksrepublik Lugansk (LVR) sind bei einem Angriff ukrainischer Saboteure getötet worden, teilte die russische Nachrichtenagentur RIA Nowosti unter Verweis auf den Pressedienst der Volksmiliz mit. Der tragische Vorfall ereignete sich auf einem Wachposten in der Nähe des Dorfes Golubowskoje, das unter der Kontrolle der LVR steht.

Nach Angaben des Chefs des Pressedienstes Iwan Filiponenko bestand die Sabotagegruppe aus Mitgliedern des Zentrums für Spezialoperationen "Sapad" ("Der Westen"), dem ehemaligen achten Regiment der Spezialkräfte der ukrainischen Streitkräfte.

"Unsere Soldaten wurden mit Spezialwaffen durch einen Kopfschuss ermordet. Dabei wurde

einer von ihnen durch einen Schuss aus einem Scharfschützengewehr ausländischer Bauart getötet. Die anderen wurden von einer ukrainischen Sabotagegruppe, die in den Posten eingedrungen war, aus nächster Nähe erschossen", so Filiponenko weiter.

Vertreter der ukrainischen Armee in der Region wiesen die Vorwürfe in einer Pressemitteilung zurück. In einem Facebook-Post hat der Pressedienst der operativ-taktischen Gruppe "Nord" seine eigene Version der Ereignisse mitgeteilt. Der Vorfall war laut Angaben der ukrainischen Aufklärung die Folge eines Saufgelages. Ein Streit über die schwierige wirtschaftliche Lage habe zu einer Schlägerei geführt. Danach habe einer der Soldaten zu den Waffen gegriffen und seine Kameraden erschossen, anschließend soll er Selbstmord begangen haben.

Laut dem Oberstleutnant der Reserve der Lugankser Volksmiliz Andrei Marotschko befindet sich der Wachposten beim Dorf Golubowskoje weniger als einen Kilometer von der Trennlinie zu ukrainischen Positionen entfernt. Die Sabotagegruppe kam von einem Waldstück und habe die Minenhindernisse beseitigt, sagte er RT DE. Sie habe Nachtsichtgeräte und spezielle lautlose Pistolen genutzt, einer der Kämpfer, der außen Wache hielt, sei von einem Scharfschützen getötet worden. Marotschko brachte das Verbrechen mit dem Besuch des ukrainischen Präsidenten an der Kontaktlinie am 9. Juni in Verbindung. Das Militär merkte an, dass seit dem 2. Juni von den Positionen der ukrainischen Armee kein Beschuss mehr erfolgte.

"Das hat den trügerischen Eindruck erweckt, dass Frieden kommt." Er betonte, dass die ermordeten Soldaten vor dem Krieg friedliche Zivilisten waren. Sie hätten vier Kinder hinterlassen.

Donezk und Lugansk appellieren an Frankreich und Deutschland

Der Chef der Volksrepublik Lugansk Leonid Passetschnik musste am 11. Juni seine Reise in die Russische Föderation abbrechen und kehrte in die Republik zurück. Die Ermordung der Volksmilizionäre nannte er ein "zynisches Verbrechen", das von einer hochprofessionellen Sabotagegruppe ausgeführt wurde. Die Tat sei ein "Destabilisierungsversuch" im Vorfeld des Treffens des russischen mit dem US-amerikanischen Präsidenten.

"Wir sind fest davon überzeugt, dass dieser Sabotageakt auf höchster Ebene geplant und genehmigt wurde. Rücksichtslose Versuche der ukrainischen Seite könnten den brüchigen Waffenstillstand stören und zu einer Eskalation der Situation an der Kontaktlinie führen", teilte Passetschnik in einer offiziellen Stellungnahme mit.

Noch deutlicher äußerte sich die Außenministerin der nicht anerkannten Volksrepublik Donezk Natalia Nikonorowa. Die Erschießung der Milizionäre aus nächster Nähe sei ein grausamer und hinterhältiger Mord.

"Diese Situation ist ein grober Verstoß gegen die am 22.07.2020 unterzeichneten Maßnahmen zur Stärkung des Waffenstillstandsabkommens, die unter anderem die Aktivitäten subversiver und aufklärerischer Gruppen verbieten."

Nikonorowa rief die internationale Gemeinschaft und in erster Linie die Garantiestaaten der Minsker Abkommen dazu auf, "unverzüglich" auf Kiew einzuwirken und es dazu zu bringen, das Verbrechen aufzuklären und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60c3c88bb480cc1b5f0ede56.jpg>

snanews.de: **Erstmals nach Sturz von Bouteflika: Algerien wählt neues Parlament**

Mehr als zwei Jahre nach dem Sturz von Langzeitherrscher Abdelaziz Bouteflika wählen die Menschen in Algerien am Samstag erstmals ein neues Parlament.

Die Regierung hofft, mit der Abstimmung Vertrauen zurückgewinnen zu können. Mehr als 24 Millionen Wahlberechtigte sind in dem nordafrikanischen Land aufgerufen, über insgesamt 407 Sitze in der Nationalversammlung zu entscheiden.

Präsident Tebboune hatte das noch unter Bouteflika gewählte Parlament im Februar, nach Massenprotesten, aufgelöst und die Neuwahl vorgezogen.

Die Protestbewegung im Land hat ihre Anhänger dazu aufgerufen, der Abstimmung fernzubleiben. Seit Monaten gehen immer wieder Tausende auf die Straße. Gegner der Regierung sehen die jetzige Führung als Fortsetzung des alten Systems. Es wird mit einer geringen Wahlbeteiligung gerechnet. Erste Ergebnisse werden am Montag erwartet.

Kurz vor Beginn der Wahl ließen die Behörden am Morgen mehrere inhaftierte Aktivisten und Journalisten frei, berichtet die Deutsche Presse-Agentur unter Verweis auf einen Verteidiger.

Sie waren am Donnerstag festgenommen worden. Die UN und Amnesty International kritisieren schon länger willkürliche Verhaftungen bei Demonstrationen.

Bouteflika hatte sich mit Unterstützung des Militärs 20 Jahre an der Macht gehalten. Im April 2019 wurde er nach anhaltenden Massenprotesten aus dem Amt gedrängt.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/06/0c/2478479_0:0:3044:1713_1440x0_80_0_0_001d037cd4894a519c91849679b802d9.jpg

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 12.06.2021**

In den letzten 24 Stunden wurden **fünf Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer des 8. Bataillons der 10. Gebirgssturmgrade unter Kommando des Brigadekommandeurs Kotlik von den Positionen in den Gebieten von Nowgorodskoje und Leninskoje aus **Michajlowka** und die **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** mit 82mm-Mörsern, Antipanzergranatwerfern und Schusswaffen beschossen und fünf Mörsergeschosse und sechs Granaten abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 128. Gebirgssturmgrade auf Befehl des Brigadekommandeurs Gontscharuk von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje aus **Leninskoje** mit Antipanzergranatwerfern beschossen und drei Granaten abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer der 128. Gebirgssturmgrade zweimal das Gebiet von **Leninskoje** mit verschiedenen Arten von Granatwerfern beschossen und zehn Granaten abgefeuert.

Kämpfer des 3. Bataillons der 93. mechanisierten Brigade haben auf Befehl des Brigadekommandeurs Brishinskij von den Positionen im Gebiet von Starognatowka aus **Nowolaspa** mit 82mm-Mörsern und Antipanzergranatwerfern beschossen und neun Mörsergeschosse und zwei Granaten auf die Ortschaft abgefeuert.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu unternehmen und die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer der 128. Gebirgssturmgrade wieder das Gebiet von Leninskoje mit automatischen, Antipanzergranatwerfern und Unterlaufgranatwerfern sowie Schusswaffen beschossen und mehr als 52 Granaten auf das Dorf abgefeuert.

Die ukrainische Seite im GZKK hat den Versuch der Vertretung der DVR im GZKK, den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe einzusetzen, ignoriert. Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung und Zerstörungen von ziviler Infrastruktur werden noch ermittelt.

In Verletzung des dritten Punktes der Zusatzmaßnahmen haben die BFU fünf Stück **Waffen und Militärtechnik in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf kontrolliertem Territorium stationiert. Diese Sachverhalte werden auch von Berichten der OSZE-Mission bestätigt.

Aus dem Bestand der 72. mechanisierten Brigade:

ein Schützenpanzerwagen und ein Panzertransporter in einem Wohngebiet von Nowoselowka; ein Schützenpanzerwagen in der Nähe von Wohnhäusern in Troizkoje.

Aus dem Bestand der 93. mechanisierten Brigade:

ein Schützenpanzer und ein Schützenpanzerwagen am östlichen Rand von Bogdanowka.

Diese Verstöße von Seiten der ukrainischen Kämpfer werden auch von Beobachtern der OSZE-Mission im Bericht für den 11.06.2021 bestätigt.

Weitere **nicht kampfbedingte Verluste der ukrainischen Streitkräfte** hat unsere Aufklärung in der 128. Brigade festgestellt. Auf den Positionen des 2. Bataillons im Gebiet von Wodjanoje schoss der Soldat Saposchko bei der Durchführung von Aktivitäten des untergeordneten Personals während des Kampfdienstes in der Nacht bei der Bewegung im Schützengraben aufgrund der Nichteinhaltung von Sicherheitsbestimmungen auf den ihm vorangehenden Kameraden den Soldaten Below. Infolge des Vorfalls starb Below vor Ort. Am Ort des Geschehens eingetroffene Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes brachten Saposchko in das Hospital von Mariupol, wo sein Blut analysiert wurde, wobei sich zeigte, dass der Soldat unter Drogeneinfluss stand.

Der Bataillonskommandeur Mislik seinerseits verbreitete über von ihm kontrollierte

Freiwillige die Information über den Tod des Kämpfers durch Beschuss der Positionen der ukrainischen Streitkräfte von Seiten von Soldaten der Volksmiliz der DVR.'

Im frontnahen Krasnoarmejsk fand am 10. Juni eine **Aktion zur Unterstützung der Familien von Vermissten** statt. Die am Gebäude der Bezirksverwaltung Versammelten forderten von den Behörden eine Aktivierung der Suche nach vermissten Verwandten. Bemerkenswert ist, dass die Mehrzahl der Vermissten friedliche Bürger sind, die Mitarbeiter des SBU unter einem erdachten Vorwand der Hilfe für die Volksrepubliken beschuldigt haben und in ihren Gefängnissen für den nächsten Austausch festhalten oder zur Erpressung von Geldmitteln von Verwandten der Festgenommenen für deren Freilassung.

Was die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte betrifft, die vermisst sind, so verheimlicht das ukrainische Kommando am ehesten deren Tod, weil es Strafen für nicht kampfbedingte Verluste unter dem Personal fürchtet.

Die Kundgebung sowie die Empörung der Bürger wurden auch von Mitarbeitern der OSZE erfasst und in den Bericht der Mission für den 11. Juni 2021 aufgenommen.

Nach uns vorliegenden Informationen wurden aufgrund einer ernsthaften **Lebensmittelvergiftung im 108. Bataillon der 10. Brigade** 15 Soldaten ins Krankenhaus eingeliefert. Außerplanmäßig wurden Ärzte des Hospitals von Tschassow jar in die Einheiten des Bataillons entsandt sowie Mitarbeiter des sanitär-epidemiologischen Dienstes in Kramatorsk. Die Spezialisten der sanitär-epidemiologischen Station neben in den Einheiten Wasserproben zur Laboruntersuchung, kontrollieren die Küchen sowie die Qualität der den Kämpfern gelieferten Lebensmittel.

Inzwischen wurde eine Reihe größter Verstöße gegen die sanitären Normen entdeckt. Auf Befehl des Kommandeurs der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ Litwinow erwartet dieser nach der Durchführung aller Kontrollmaßnahmen einen persönlichen Bericht vom Kommandeur der 10. Brigade Kotlik über die Ermittlung und die Bestrafung der an diesem Vorfall Schuldigen.

de.rt.com: **Putin zeichnet Entwickler von Impfstoff Sputnik V aus**

Die Entwickler des russischen Corona-Impfstoffs Sputnik V sind in Moskau mit staatlichen Preisen ausgezeichnet worden. Präsident Wladimir Putin würdigte ihre Arbeit und nannte den Impfstoff eine "lebenswichtige Hilfe".

Russlands Präsident Wladimir Putin hat die Entwickler des russischen Corona-Impfstoffs Sputnik V ausgezeichnet. Im Kreml war am Samstag unter anderem der Chef des Gamaleja-Forschungszentrums für Epidemiologie und Mikrobiologie Alexander Ginzburg geehrt worden, wie das Präsidialbüro mitteilte. Der Impfstoff wurde vor zehn Monaten als weltweit erster für eine breite Anwendung in der Bevölkerung freigegeben.

"Als die Menschen auf der ganzen Welt darauf gewartet haben, dass Wissenschaftler sie vor der COVID-19-Pandemie retten, haben das unsere Forscher geschafft", sagte Putin den Angaben zufolge bei der Ehrung. Das in kurzer Zeit entwickelte Präparat leiste auch anderen Nationen "lebenswichtige Hilfe". Weil der Wirkstoff vor Abschluss wichtiger Tests auf den Markt kam, seien viele Russen skeptisch und lehnten eine Impfung ab, so die Nachrichtenagentur dpa, die eine derartige Einordnung bei Berichten über vergleichbare westliche Impfstoffe vermeidet.

Putin zufolge haben 18 Millionen Russen mindestens eine Impfung erhalten. In Russland stieg die Zahl der Neuinfektionen zuletzt wieder. Nach Angaben der Entwickler ist Sputnik V mittlerweile in 67 Ländern zugelassen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60c4c54848fbef72667259cc.jpg>

mil-lnr.su: Pressekonferenz des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponenko über die Lage an der Kontaktlinie vom 5. bis 12. Juni 2021

Heute informiere ich über die Lage an der Kontaktlinie und ziehe die Bilanz der letzten Woche.

Einheiten für informationspsychologische Operationen der ukrainischen Streitkräfte führen **auf Befehl des Präsidenten der Ukraine** und des Kommandeurs der OOS eine **aktive Arbeit zur informationsmäßigen Deckung von Verbrechen durch Kämpfer des Zentrums für Spezialoperationen „West“** (ehemaliges 8. Spezialregiment der Spezialoperationskräfte der ukrainischen Streitkräfte) durch.

Besonders interessant ist, dass innerhalb von 32 Minuten nach der Veröffentlichung der offiziellen Mitteilung der Volksmiliz der LVR über den Tod von Verteidigern der Republik im Gebiet von Golubowskoje auf der offiziellen Seite der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ eine offene Lüge veröffentlicht wurde, die demonstriert, wie die ukrainischen Propagandisten zynisch unsere Mitteilung verfälscht haben und versuchten, die Toten zu verleumden, indem sie über einen angeblichen Selbstmord eines Soldaten der LVR nach dessen Mord an vier seiner Kameraden berichteten.

Die Tatsache, dass die Informationen nur in sozialen Netzwerken veröffentlicht wurden, ohne Heranziehung einer offiziellen Quelle des Verteidigungsministeriums und zuerst auf vom 74. Zentrum für informationspsychologische kontrollierten Ressourcen veröffentlicht wurde, ist ein charakteristisches Merkmal für die Arbeit der Lwower Propagandisten.

Aber die vorliegenden Fakten widersprechen der ukrainischen Desinformatio. Die Kugeln des Kalibers 5,56 mm, die aus den Leichen der Toten entnommen wurden, werden bei Waffen eingesetzt, wie sie in NATO-Ländern genutzt werden und im Rahmen der Hilfe aus den USA in die Ukraine geliefert wurden und die es in der Volksmiliz nicht gibt.

Wir zeigen Ihnen Kugeln, die aus den Körpern der Toten entnommen wurden, die als sachliche Beweismittel den Materialien des Strafverfahren hinzugefügt wurden. In den Leichen von vier Soldaten wurden Spuren von Pulver gefunden, was von Schüssen aus der Nähe zeugt, außerdem wurden an der Leiche des fünften Soldaten keine Spuren von Pulvergasen gefunden, was den Mord aus weiterer Entfernung bestätigt.

Die Propagandisten der ukrainischen Streitkräfte versuchen, die Umstände des Verbrechens auf ihre Weise zu interpretieren, und hoffen, eine Rechtfertigung für ihre Führung in Gestalt des Kommandeurs der OOS Krawtschenko und des Präsidenten der Ukraine Selenskij zu schaffen, die für die Versuche, die Lage im Donbass zu destabilisieren, verantwortlich sind. ... **In der letzten Woche** wurde die **Stationierung von 21 Stück Militärtechnik in Wohngebieten von 12 Ortschaften** auf dem zeitweilig von den ukrainischen Streitkräften

besetzten Territorien festgestellt

Es ist eine **Konzentration von ukrainischen Waffen in der Konfliktzone** festzustellen. An der Eisenbahnstation in Rubehsnoje sind verdeckt sechs 122mm-Haubitzen „Gwodzika“, 17 T-72B-Panzer eingetroffen, es wurde die Stationierung von 12 152mm-Artilleriegeschützen „Akazija“ und 12 T-64-Panzer bemerkt.

Die Entdeckung dieser Waffen durch die OSZE-Mission wird weiter unter Einsatz von Mitteln der elektronischen Kriegsführung und durch Einsatz von Schusswaffen behindert ...

Die nicht kampfbedingten Verluste in der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ betragen in der letzten Woche fünf Mann, davon zwei Tote....

de.rt.com: **So viele Corona-Fälle wie seit Dezember nicht mehr – Moskauer Bürgermeister verlängert Feiertage**

In der russischen Hauptstadt Moskau wächst die Sorge vor steigenden Corona-Zahlen. Am Samstag meldeten die Behörden 6.701 Neuinfektionen. Vor diesem Hintergrund verlängerte Bürgermeister Sergei Sobjanin die Feiertage anlässlich des Tages Russlands um eine Woche. So viele Corona-Fälle wie seit Dezember nicht mehr – Moskauer Bürgermeister verlängert Feiertage

Vor dem Hintergrund steigender COVID-19-Fälle in Moskau ergreift die Verwaltung der russischen Hauptstadt neue Maßnahmen im Kampf gegen das Coronavirus. Am Samstag hat Bürgermeister Sergei Sobjanin die Feiertage anlässlich des Tages Russlands, der jeweils am 12. Juni begangen wird, bis zum 20. Juni verlängert. Dabei sollen die Arbeitnehmer an den Tagen vom 15. bis zum 18. Juni ihr Gehalt weiterhin bekommen.

Allen Arbeitgebern wird außerdem empfohlen, mindestens 30 Prozent der Belegschaft sowie alle Angestellten ab 65 Jahren und alle chronisch kranken Mitarbeiter mit Ausnahme von Geimpften ins Homeoffice zu versetzen. Darüber hinaus müssen die Arbeitgeber ihre Angestellten zum Impfen motivieren.

Für die Zeitspanne vom 13. bis zum 20. Juni sollen in Moskau alle Zoos sowie Food-Courts und Kinderspielräume in den Einkaufszentren geschlossen haben. Alle Bars, Cafés und Restaurants dürfen von 23 Uhr bis 6 Uhr keine Gäste mehr bedienen. Erlaubt ist ausschließlich die Zustellung von Bestellungen. In den Parks werden alle Sport- und Spielplätze, Fahrgeschäfte und Gartenlauben dichtgemacht. Spaziergänge bleiben aber weiterhin erlaubt.

Allen älteren Menschen wird empfohlen, auf Fahrten in oder durch die Stadt zu verzichten. Die Behörden haben zudem vor, die Zahl der Krankenhausbetten für COVID-19-Patienten wieder aufzustocken.

In seinem Appell an die Einwohner von Moskau hat Sobjanin seine Mitbürger zur Wachsamkeit aufgerufen. Darüber hinaus warb er erneut für Impfungen gegen das Coronavirus. Alle Impfstellen würden geöffnet haben:

"Man muss sich aktiver impfen lassen. Solange wir keine tatsächlich massenhafte Impfung gewährleisten werden, wird die Stadt ständig fiebern."

Am Samstag meldeten die Gesundheitsbehörden der russischen Hauptstadt 6.701 Neuinfektionen. Das war bislang der höchste gemessene Tageswert in diesem Jahr. Noch mehr Corona-Fälle waren zuletzt am 26. Dezember 2020 registriert worden: 7.480. Im Zusammenhang mit der Krankheit COVID-19 starben in den vergangenen 24 Stunden in der Zwölf-Millionen-Metropole 67 Menschen. Landesweit wurden am 12. Juni 13.510 neue Fälle gemeldet – so viele wie seit dem 15. Februar nicht mehr. 399 testpositive Patienten starben.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60c4b48db480cc5b0a3c80f5.jpg>

abends:

de.rt.com: **"Haben wir Raketen an der mexikanischen Grenze?" Putin zieht rote Linien für NATO in der Ukraine**

Der russische Präsident Wladimir Putin ging in einem Interview auf die Frage der NATO-Erweiterung um die Ukraine ein. Er wies darauf hin, dass die Hälfte der ukrainischen Bevölkerung sich keinen NATO-Beitritt wünscht. Dies sei eine kluge Position, sagte Putin. In einem Interview mit dem russischen Fernsehkanal Rossiya 1 erklärte der russische Präsident Wladimir Putin, wie er die Verhandlungen über einen NATO-Beitritt der Ukraine bewertet. Er warnte davor, diese Frage mit dem Hinweis abzutun, dass die USA der Ukraine angeblich nichts versprochen hätten. Seiner Meinung nach ist dieses Szenario durchaus vorstellbar.

"Jedenfalls sagt niemand 'Nein'. Das müssen wir in Betracht ziehen", sagte er.

Der russische Staatschef erinnerte an den Beitritt Polens und Rumäniens zur NATO, nachdem die USA "sich problemlos mit ihnen über die Stationierung von Raketenabwehrsystemen dort geeinigt hatten". Dabei könnten die Trägerraketen dieser Systeme für Angriffssysteme genutzt werden, die Moskau in 15 Minuten erreichen könnten, betonte Putin.

"Stellen wir uns vor, die Ukraine wird Mitglied der NATO. Die Flugzeit von z. B. Charkow oder Dnjepropetrowsk bis Zentralrussland, bis Moskau reduzierte sich auf sieben bis zehn Minuten. Ist das eine rote Linie für uns oder nicht?", fragte Putin.

Er schlug vor, darüber nachzudenken, ob es zum Beispiel eine rote Linie für die USA wäre, wenn Russland Raketen auf Kuba stationiert hätte, von wo die Flugzeit in die zentrale Industrieregion oder nach Washington 15 Minuten beträgt.

"Und um die Flugzeit auf sieben bis zehn Minuten zu reduzieren, müssten wir unsere Raketen an der Südgrenze Kanadas oder an der Nordgrenze Mexikos stationieren. Wäre das eine rote Linie für die USA oder nicht? Und für uns? Darüber sollte man mal nachdenken", so Putin.

Er betonte, dass die NATO-Erweiterung und die damit verbundene Annäherung der NATO-Infrastruktur an die Grenzen Russlands ein extrem wichtiger Faktor für die Sicherheit Russlands sei. Die beiden Wellen der NATO-Erweiterung hätten zu vergleichsweise akzeptablen Beziehungen zwischen Russland und dem westlichen Verteidigungsbündnis stattgefunden. Dennoch würden russische "Sorgen" darüber "einfach ignoriert".

Das Hauptthema des Gesprächs mit dem Korrespondenten des Senders war das Verhältnis zum Nachbarland Ukraine. Der russische Präsident erinnerte daran, dass die Bevölkerung der

heutigen Ukraine sich historisch als Russen und Orthodoxe bezeichnete. Auch heute gebe es in der Ukraine Millionen Menschen, die sich als Teil der mit Russland gemeinsamen Zivilisation betrachten. "Sie wollen nicht, dass ein Teil dieser Zivilisation einem anderen Teil der Zivilisation gegenübersteht und dabei einen Tanz zur fremden Musik aufführt." Er betonte, dass in der Ukraine unter westlicher Ägide eine Art "Anti-Russland" errichtet wird. Putin wies auch darauf hin, dass mindestens die Hälfte der ukrainischen Bürger sich keinen Beitritt zum nordatlantischen Bündnis wünsche. Er nannte sie "kluge Menschen". "Ich sage das ohne jede Ironie, nicht, weil die anderen dumm sind, sondern weil diejenigen, die (den Beitritt) nicht wollen, nicht in der Schusslinie sein wollen, keine Verhandlungsmasse und kein Kanonenfutter sein wollen."

In der Ukraine hat der Berater des ukrainischen Präsidents Michail Podoljak das Interview kommentiert. Er nannte die Äußerungen des russischen Präsidenten propagandistisch.

"Wenn wir ernsthaft über die ukrainische Gesellschaft und die westlichen Länder sprechen, ist klar, dass das Argument über die Flugzeit der Raketen überhaupt nicht (ernst) zu nehmen ist", sagte er.

Er wies darauf hin, dass Ukraine immer über die Sicherheitsmaßnahmen spreche und der Meinung sei, dass es das Bündnis ist, das der Ukraine zusätzliche Garantien geben kann, "basierend auf der Praxis der letzten Jahre".

"Russland grenzt übrigens bereits an NATO-Länder, und in diesen Ländern sind keine Raketen oder andere Bedrohungen gegen Russland zu beobachten. Wir haben es also wieder einmal mit stereotypen Mythen und Zwangsvorstellungen zu tun", sagte Podoljak.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60c4dda7b480cc0f742f41cf.jpg>